

## Kommunalwahl 2006

# Erfolgsrezept: Parteiunabhängigkeit und Offenheit

## Interview mit Hartmut Bohrer, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden

**Standpunkt:** Hartmut, am 26. März 2006 finden die Kommunalwahlen statt. Kandidiert die Linke Liste?

**Hartmut Bohrer:** Ja, die Linke Liste wird wieder zur Stadtverordnetenver-



Hartmut Bohrer

sammlung kandidieren. Am 30. November 2005 wurden unsere Kandidatinnen und Kandidaten für das Stadtparlament gewählt. Wir haben die Absicht, die Kandidatur der Linken Liste auch auf Ortsbeiräte auszudehnen. Unseren Optimismus gründen wir auf die gewachsene Zahl von interessierten Personen aus verschiedenen Ortsbezirken.

An der Personen-Bündnis-Liste LiLi beteiligen sich neben Parteilosen auch eine gewachsene Anzahl von Mitgliedern der Linkspartei, der Partei „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“ und der DKP. Wir haben deshalb die begründete Hoffnung, dass LiLi nach der Wahl als mehrköpfige Fraktion im Stadtparlament und in verschiedenen Ortsbeiräten vertreten sein wird.

In den sogenannten AKK-Stadtteilen wird LiLi nicht eigenständig antreten. LiLi-Aktive arbeiten dort in der parteiunabhängigen Wählergruppe AUF AKK mit Mechthilde Coigné, Frank Porten (stellvertretender Ortsvorsteher von Kastel) und Roland Rübel nehmen bereits Mandate in den Ortsbeiräten wahr.

*Beweist diese Kandidatur, dass die LiLi den „Kinderschuhen“ entwachsen ist?*

Unmittelbar vor der letzten Wahl gegründet war die LiLi mit ihrer Ein-Mann-Fraktion ein Neuling im Parlament. Die Arbeit unserer Rathaus-

gruppe kann - in Anbetracht nur eines einzigen Sitzes im Stadtparlament - als

recht erfolgreich bewertet werden. Allerdings unterstützt mich „ein Dutzend“ Aktive bei der Rathausarbeit, indem sie Anträge und Anfragen vorbereiten, über die Beratungen der zahlreichen Ausschüsse berichten und mir vor allem beim Kontakt mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Elternbeiräten, Jugend- und Kulturinitiativen u.a. behilflich sind.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Wählen gehen – aber nicht irgendwen!

Noch sind's einige Wochen bis zum neuen Jahr. Doch die Vorbereitungen auf die Kommunalwahl im März 2006 laufen auf vollen Touren. Und so sicher wie das „Amen in der Kirche“ werden die etablierten Parteien wieder aufrufen, das „Volk“ solle doch bitte wählen gehen, damit ihre Reden von und über Demokratie irgendwie auch durch eine entsprechende Wahlbeteiligung beglaubigt werden.

Wählen gehen – das ist auch die Devise der Kommunisten, allerdings sollte sich das demokratische Handeln der Menschen nicht darauf beschränken. Aber selbstverständlich gilt für die DKP ebenso: Nicht irgendwen wählen! Deshalb riefen die Kommunisten zur Bun-

destagswahl auf, der Linkspartei/PDS die Stimme zu geben, damit im Bundestag wenigstens einige Oppositionelle zu Wort kommen. Denn mit der tatsächlichen FDP und derjenigen im Wartestand, also Bündnis 90/Die Grünen, ist zwar viel möglich, aber nichts Erfreuliches für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen.

Und was auf Bundesebene richtig ist, soll sich genauso in der nächsten Stadtverordnetenversammlung von Wiesbaden widerspiegeln. Auch die hessische Landeshauptstadt braucht dringend eine wesentlich stärkere parlamentarische Opposition. Hartmut Bohrer hat sich als ein-

*Fortsetzung auf Seite 2*

*Fortsetzung des Interviews mit Hartmut Bohrer von Seite 1*

Natürlich würden 3 oder 4 LiLi-Stadtverordnete erheblich mehr bewegen können. Die CDU-Landtagsmehrheit hat gerade im Hinblick auf Wiesbaden und Frankfurt - die hessische Gemeindeordnung (HGO) dahingehend geändert, dass Parteien oder Wählergruppen mit nur einem Sitz künftig nicht mehr Fraktionsrechte haben werden. Von daher ist es dringend notwendig, dass die Linke Liste am 26. März 2006 mehr Stimmen als vor fünf Jahren erhält. Die Parteiunabhängigkeit und Offenheit der LiLi ermöglicht mehr Menschen sich aktiv an Kommunalpolitik zu beteiligen. Darüber besteht ein breites Einverständnis. Wir unterstützen Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte wahrzunehmen und beispielsweise in Ausschüssen Probleme zur Sprache zu bringen, indem sie die Fragestunden nutzen oder Eingaben an den Magistrat oder Stadtverordnete formulieren.

*Wie kommen Interessierte an Informationen über die LiLi und ihre parlamentarische Arbeit?*

Alle unsere Anträge und Anfragen sind im Internet unter [www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de) dokumentiert. Drei- bis viermal im Jahr erscheinen die „LiLi-In-

---

*Fortsetzung des Artikels "Wählen gehen" von Seite 1*

ziger Abgeordneter der „Linken Liste“ (LiLi) bisher wacker geschlagen; Themen aufgegriffen, über welche die anderen Parteien gerne geschwiegen hätten; und Fragen gestellt, die zwar nicht (immer) beantwortet wurden, aber welche den Etablierten doch wie verschluckte Stecknadeln schmeckten.

Hartmut Bohrer soll die Arbeit einer linken Opposition nicht allein machen müssen. Deshalb kandidieren für das LiLi-Bündnis auch Persönlichkeiten mit unterschiedlichem politischem Standpunkt und parteilichem Hintergrund. Das gemeinsame Ziel ist so einfach wie schwer: der bisher bewusst ungehörten und gezielt übersehenen arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung eine kräftige Stimme im Parlament zu verleihen. Aus diesem Grund unterstützen die Wiesbadener Kommunistinnen und Kommunisten die Kandidatur der Linke Liste – und rufen schon jetzt zu deren Wahl im März 2006 auf.

**Horst Gobrecht**

formationen“ der Fraktion, die über die Parlamentsarbeit der Ein-Mann-Fraktion LiLi berichten; gegenwärtig in einer Auflage von 8.000 Exemplaren. Interessierte, die diese regelmäßig erhalten wollen, brauchen ihren Wunsch nur an die Fraktionsgeschäftsstelle der LiLi im Rathaus (Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611-315426 oder an [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)) zu richten und erhalten dann die Informationen kostenlos zugeschickt (oder zugemailt).

Im Internet sind auch unsere Wahlbausteine zu den einzelnen Politikfeldern veröffentlicht. Soziale Fragen, Jugendpolitik und Schulen, Stadtentwicklung und Umwelt, Kultur, Friedenspolitik und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sind dabei Schwerpunkte.

*Kandidierst du als Spitzenkandidat, welche Chancen rechnet ihr euch aus?*

Ja, ich habe mich bereit erklärt, als Spitzenkandidat der Linken Liste zu kandidieren. Am 26. März 2006 werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Eines ist sicher: eine Ein-Personen-Fraktion wird es nicht mehr geben, dies verbietet - wie bereits gesagt - die neue HGO. Das Stimmergebnis bei der Bundestagswahl für die LINKE in Wiesbaden hätte - umgerechnet auf das Stadtparlament - vier Sitze bedeutet. Solch ein Resultat kann die LiLi erreichen - allerdings nur, wenn alle, die eine linke Fraktion im Stadtparlament nicht missen wollen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und für eine linke Stimmabgabe werben.

## Sparen, sparen, sparen Kontinuität

Wem fällt eigentlich auf, dass in dem Redeschwall der Großen Koalitionäre, mit dem das Volk auf die „Unvermeidlichkeit von Einsparungen“ getrimmt werden soll, der Begriff Rüstung nicht auftaucht? Rüstung ist ein Tabu und Abrüstung längst zu einem Fremdwort geworden. Dafür wird in der Koalitionsvereinbarung immer noch von „deutscher Verteidigungspolitik“ gefaselt, an der sich nichts ändern wird. Der neue Militärminister Franz-Josef Jung beschwört „Kontinuität“: „Multinationale Auslandseinsätze werden weiter geben, wenn sie sicherheitspolitisch notwendig sind und auch im nationalen Interesse liegen“. Dazu muss dem CDU-Jung nichts Neues einfallen, die „nationalen Interessen“ hat SPD-Struck oft genug definiert: „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ und: „Einsatzgebiet ist die ganze Welt“.

Was man von solchen starken Worten hat, werden deutsche Soldaten bald zu spüren bekommen. Die USA schicken sich an, die Deutschen beim Wort zu nehmen, beim Bekenntnis der Koalitionsvereinbarung zur NATO, als dem „stärksten Anker unserer Sicherheitspolitik“. Bundeswehr gehört zur im vorigen Jahr formierten Eingreiftruppe der NATO, und Rumsfeld drängt darauf, diese einer „Feuertaufe“ zu unterziehen, z. B. in Afghanistan oder im Irak, wo die von den USA angerichteten Kriege alles andere als den von Bush hemmungslos beschworenen „endgültigen Sieg“ eingebracht haben. Das kostet: nicht Geld oder Leben, sondern beides.

Rund 8 000 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind zur Zeit in Auslandseinsätzen, mehr als 100 000 waren es seit 1992, über 50 fanden dabei den Tod. Aber Müntefering erteilte Schröder zum Kanzlerabschied das Lob, er habe aus Deutschland „eine friedliche und selbstbewusste Macht“ gemacht. Das riss sogar die FAZ zu der Nachdenklichkeit hin: „Was Rot-Grün in der Außen- und Sicherheitspolitik an- und umgestoßen hat, hätte vor 1998 kein Mensch vorher gesagt: den Kosovo-Krieg (ohne UN-Mandat) geführt, deutsche Soldaten nach Afghanistan und auf Patrouille im Antiterrorkrieg geschickt ...“

Dahinter wird die CDU-geführte Koalition nicht zurückstehen. Im Gegenteil. Für Jung ist es „selbstverständlich“, die Bundeswehr „auch zur Terrorismusbekämpfung im Inland einzusetzen“ und er erwartet dafür den Segen des Bundesverfassungsgerichtes. Und Angela Merkel ist besorgt wegen der „Unterfinanzierung“ der Bundeswehr. Als „leichte Etatsteigerung“ gelten 24 Milliarden Euro für die Armee in 2006 und je 300 Millionen mehr in den folgenden drei Jahren.

Da wird uns in den konfusen Spekulationen über Deutschlands Finanzen wenigstens eine Gewissheit zuteil, wohin das Geld geht, das uns die Große Koalition aus der Tasche ziehen will.

**Gerd Deumlich**

*Aus: Unsere Zeit - Zeitung der DKP vom 25. November 2005*

# Rekonstruktion der Dresdener Frauenkirche

## Umwandlung eines Denkmals

Als Europa am 8. Mai 1945 von der Herrschaft des Faschismus befreit war, dachte zunächst niemand an die Rekonstruktion von Sakralbauten. Wohnungen mussten her. Dennoch wurden bis 1949 etwa 600 Kubikmeter Steine der Dresdner Frauenkirche inventarisiert und eingelagert.

Erst 1952 änderte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR in Absprache mit der evangelischen Kirche ihr Wiederaufbaukonzept zugunsten des Wohnungsbaus und der Rekonstruktion anderer historischer Bauten. Die Ruine der Dresdner Frauenkirche stand nun als Mahnmal gegen den Krieg. Seit 1994 wurden ungefähr 200 Millionen Euro in den Wiederaufbau gesteckt.

Welche Hoffnungen sich mit der Kir-

che verbanden erläuterte der Dresdner Pfarrer Karl-Ludwig Hoch 2005: „Wie vor 60 Jahren erinnere ich mich an den Tag nach dem Bombenangriff vom 13/14. Februar 1945: Ich habe noch durch den Rauch die ganze Kuppel gesehen. Die Frauenkirche steht, das war ein Trost [!], als würde es trotz allem weitergehen.“

Stunden später stürzte sie ein. Dies habe für Pfarrer Hoch den totalen Zusammenbruch bedeutet. Seine Welt reicht auch heute nur bis zum Stadtrand von Dresden, denn sonst hätte er erkannt, dass es für die Völker Europas die Befreiung bedeutete. Folgerichtig ist es für ihn heute so, „als wäre sie nie weg gewesen“. Pfarrer Hoch spricht deshalb auch (berufsbedingt) von einem „Wunder“.

Unbestritten sind große handwerkliche Leistungen hergestellt worden. Wo aber ist das Wunder, wenn moderne Handwerker, ausgerüstet mit allem Hightech der Neuzeit etwas nachbauen, was ihre Kollegen vor über 250 Jahren in reiner Handarbeit geschaffen haben?

Übrigens: Auch in den von der faschistischen Wehrmacht und der SS überfallenen Ländern gab es historische Bauten. Die Ruine der Kathedrale von Coventry, das die Naziwehrmacht auch unter Beifall der Dresdner Bevölkerung „ausradierete“, steht noch heute als Antikriegsdenkmal. Niemand denkt daran, sie wieder aufzubauen, so, „als wäre sie nie weg gewesen“.

**Klaus Weidner**

## EU-Dienstleistungsrichtlinie

### Bolkestein greift wieder an!

Es wird ernst: die sogenannte Bolkestein-Direktive zur „Liberalisierung der Dienstleistungen“ im EU-Binnenmarkt wurde am 22. November im federführenden Ausschuss des EU-Parlaments in den Kernpunkten nahezu unverändert in der ursprünglichen Fassung verabschiedet. Jetzt droht die Annahme im Januar 2006 im Plenum des EU-Parlaments.

Es ist deshalb dringend geboten, auf allen Ebenen erneut massive Gegenwehr zu mobilisieren, wie sie sich schon im Frühjahr des Jahres in zahlreichen Stellungnahmen und Resolutionen aus Gewerkschaftskreisen, Protestschreiben, Info-Ständen und anderen öffentlichen Aktionen entwickelt hatte und in der großen Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und der sozialen Bewegungen am 19. März in Brüssel einen Höhepunkt erreichte.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat in Fortsetzung dieser Bewegung jetzt zu einer neuen europaweiten Großdemonstration am 14. Januar 2006 in Straßburg aufgerufen. Die Mehrheit der Rechtskonservativen und Liberalen im 77-köpfigen Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments hatte auf der entscheidenden Sitzung am 22.11. selbst die halbseidenen Abänderungsvorschläge der deutschen sozialdemokratischen EU-Abgeordneten Evelyn Gebhardt rigoros vom Tisch gewischt. Die rechte Mehrheit beharrte unnachgiebig auf der grundsätzli-

chen Beibehaltung des berüchtigten „Herkunftslandprinzips“. Und auch die von Frau Gebhardt vorgeschlagene Herausnahme der „Dienste von allgemeinem Interesse“ aus dem Geltungsbereich der Liberalisierungsdirektive wurde in Bausch und Bogen abgelehnt.

Es soll - mit einigen wenigen Ausnahmen - also EU-Gesetz werden, dass Firmen im gesamten Bereich der Dienstleistungen, die in einem beliebigen EU-Land ihren Sitz haben, auch in jedem anderen EU-Land zu den in ihrem Heimatland geltenden Bestimmungen tätig werden können, ohne weitergehende Gesetze, Vorschriften und Regelungen des Landes, in dem sie tätig werden, beachten zu müssen. Schon vor Monaten hatte es dazu in einem Material der Gewerkschaft ver.di geheißen, dass mit der Verabschiedung dieser Direktive ein rigoroser Wettbewerb um die niedrigsten Standards gilt. Zu Recht wurde darin festgestellt: „Gewinner werden Länder sein, bei denen die niedrigsten Löhne gelten, die laschesten Umweltgesetze, Länder, die Verbraucherschutz klein schreiben und die auf ein soziales Netz verzichten. Dieser Wettbewerb wird dann dazu führen, dass die Standards generell sinken.“

Laut einer Pressemitteilung vom 25.11. hat der ver.di-Vorsitzende Franz Bsirske nach der Abstimmung im EU-Parlamentsausschuss erneut gewarnt: „Das Her-

kunftslandprinzip öffnet Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor“. Allerdings forderte er dabei nur die EU-Parlamentarier auf, der Direktive in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen, unterließ aber jeden Hinweis darauf, dass nun erneut massenhafte Protestaktionen von der Basis notwendig sind, um den Parlamentariern „das Gewissen zu stärken“ und sie tatsächlich zur Ablehnung zu veranlassen.

Die „Dienstleistungsrichtlinie“ ist in der Fassung, wie sie jetzt Wirklichkeit zu werden droht, einer der schlimmsten Angriffe auf die bestehenden Sozial- und Schutzstandards. Sie wäre, wenn sie beschlossen würde, ein Freibrief für einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb im Dienstleistungsbereich, dem auch zahllose kleine Handwerksbetriebe und Kleinunternehmen zum Opfer fallen würden. Sie gäbe den Weg frei für die Standortverlagerung von Dienstleistungsfirmen in Billiglohnländer mit geringeren Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzvorschriften. Sie hätte somit eine weitere umfangreiche Vernichtung von Arbeitsplätzen zur Folge. Sie würde der Steuerflucht und dem Steuerbetrug neue Türen öffnen. Die negativen Grundzüge dieser von der Ideologie des Neoliberalismus bestimmten Direktive können nicht durch einzelne „Änderungsvorschläge“ gebessert werden. Sie muss als Ganzes zurückgezogen werden. „Stopp Bolkestein - jetzt!“

**Georg Polikeit**

## Die linke Gabe zu Weihnachten

# 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren

Seit Jahr und Tag zeichnen Politiker und Wirtschaftsexperten ein Schreckensszenario: „Die Lohnstückkosten sind zu hoch“, „wir leben über unsere Verhältnisse“, „der Generationenvertrag trägt nicht mehr“. Es müsse etwas geschehen. Doch was? Das Land taumelt von einer Reform zur nächsten. Besser wird dadurch nichts. Der Wirtschaftswissenschaftler Albrecht Müller ist den Aussagen über den Zustand Deutschlands auf den Grund gegangen. Und er stellt in seinem Buch „Die Reformlüge“ fest: Zur Schwarzmalerei besteht kein Grund. Dabei handelt sich um Denkfehler, Lügen und Legenden.

Wie sieht das öffentliche Bild aus? Alle – neoliberale Politiker, Unternehmer, viele Wissenschaftler und hoffähige Journalisten – sind sich angeblich einig: Es steht schlecht um unser Land! Doch was geschieht? Die Sozialausgaben werden drastisch gekürzt - und die Schulden wachsen. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert - und die Zahl der Arbeitslosen steigt. Die Steuern werden vor allem für die Unternehmen gesenkt - aber die Wirtschaft kommt nicht auf Touren.

Offensichtlich sind es die falschen Maßnahmen, mit denen das Land traktiert wird. Warum werden trotzdem immer mehr Reformen gefordert? Kann es sein, dass Wirtschaft und Politik die Krise erst herbeireden, die sie zu bekämpfen vorgeben?

Albrecht Müller hat die 40 am meisten verbreiteten Behauptungen über den Zustand Deutschlands auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersucht. Sein Befund: Die Aussagen stimmen hinten und vorne nicht!

- Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig? Eine Lüge.
- Wir müssen sparen, damit es der Wirtschaft wieder besser geht? Ein Denkfehler.

- Wir werden immer älter, der Generationenvertrag trägt nicht mehr? Eine Legende.
- Wir leben über unsere Verhältnisse? Ein Mythos.
- Die Deutschen werden immer weniger? Eine sinnlose Dramatisierung.
- Wir müssen länger arbeiten? Ein Trugschluss.
- Reformen bringen uns wieder nach vorn? Ziemlich falsch.

wesens opfern. Doch damit gewinnen sie keine neuen Arbeitsplätze; und verlieren viel, denn den Aufschwung bringen die Reformen nicht.

In seiner ebenso spannenden wie erhellenden Analyse deckt Albrecht Müller nicht nur die Hintergründe des Reformwahns auf, er zeigt auch, was getan werden muss, um endlich die Konjunktur anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Ein wichtiges Buch, das schlagen-



So sah es die *Frankfurter Rundschau* am 30. September 2005

Fundiert und faktenreich belegt Albrecht Müller, dass die Lage bei weitem nicht so schlecht ist, wie sie dargestellt wird. Der Standort Deutschland ist besser als sein Ruf.

Die Schwarzmalerei hat nur einen Sinn: Mit dem Gerede von Krise und „Reformstau“ wollen Wirtschaft und Politik den Menschen einreden, sie müssten bewährte soziale Strukturen des Gemein-

de Argumente gegen die Reformpropaganda liefert und Alternativen zum sozialen Ausverkauf aufzeigt.

**Andreas Bartl**

Das Buch gibt es von Knauer als Taschenbuch für 8,95 Euro (ISBN: 3-426-77840-8). Zu beziehen bei Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, E-Mail: [neueimpulse@aol.com](mailto:neueimpulse@aol.com)

**Standpunkt** - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)  
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.  
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: an jedem ersten Donnerstag im Monat  
um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>

**UZ** unsere zeit  
zeitung der DKP

**Probelesen?!**

CommPress Verlag, Hoffnungstraße  
18, 45127 Essen, Telefon 0201/  
2486482, Fax 0201/202467. Oder:  
<http://unsere-zeit.de>